

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	9
1. Die Anfänge der paritätischen Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945 bis 1951	
1.1 Die Mitbestimmung in den entflochtenen Werken der Eisen- und Stahlindustrie und erste Positionsbestimmungen der Arbeitsdirektoren	17
1.2 Die Entscheidung für ein Zweigbüro und das Verhältnis zwischen Arbeitsdirektoren, Betriebsräten und Gewerkschaft	39
1.3 Der Kampf der Gewerkschaften bis zur gesetzlichen Regelung der Mitbestimmung in der Montanindustrie	51
2. Die Aufbaujahre 1951 bis 1958	
2.1 Der Versuch einer „Ideenwerkstatt“ für die Mitbestimmung	65
2.2 Das Konzept der „sozialen Betriebspolitik“ – Das Beispiel des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung	91
2.3 Zwischen gewerkschaftlicher Solidarität und Loyalität zum Unternehmen .	105
3. Im Zeichen der Rationalisierung und Modernisierung 1959 bis 1974	
3.1 Konstruktive Zusammenarbeit der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsträger und „wilde“ Streiks	133
3.2 Aktive Personalpolitik als Antwort auf die technisch-ökonomischen Herausforderungen der 1960er Jahre	159
3.3 Der Beginn der Sozialplanpolitik	175
4. Von der Holding-Novelle zur „Lex Mannesmann“ Die Gesetze und Verträge zur Sicherung der Montanmitbestimmung	189
5. Gewerkschaftliche Mitbestimmungspolitik in der Krise der Stahlindustrie 1975 bis 1989	
5.1 Die Krise der Stahlindustrie und der Arbeitskampf um Arbeitsplätze 1978/79	231

5.2	Krisenregulierung in sozialer und regionaler Verantwortung – Das Beispiel: Saarland	259
5.3	Unternehmensübergreifende Konzepte: Das Stahlpolitische Programm der IG Metall und die „Frankfurter Vereinbarung“	285
6.	Fazit	331
	Diagramme	335
	Quellen- und Literaturverzeichnis	337
	Abkürzungsverzeichnis	353
	Personenregister	355
	Danksagung	359